

## **Bei der Pflegereform ist das Ziel klar, der Weg strittig**

Eigentlich wollte die Koalition bis zum Sommer ein Reformkonzept für die Pflegeversicherung vorlegen, jetzt gilt der Zeitplan nicht mehr

BERLIN. Die Debatte hatte kaum begonnen, da war sie auch schon wieder eingefangen: Dabei wollte die große Koalition eigentlich noch bis zum Sommer einen Entwurf zur Reform der Pflegeversicherung vorlegen; so bestimmt es zumindest der im Koalitionsvertrag festgelegte Arbeitsauftrag.

Von Bülent Erdogan

In der Vereinbarung hatten sich CDU/CSU und SPD unter anderem darauf geeinigt, die unaufhaltsam dem Defizit zusteuernde Versicherung um ein kapitalgedecktes Element zu erweitern. Doch bis zu einer grundlegenden Diskussion schaffte es das Thema Pflege bisher nicht. Aus gutem Grund: Schon die Frage, wie die Demografiereserve aufgebaut werden soll, spaltet die Koalition.

### *Die Sozialdemokraten lehnen eine Kopfpauschale strikt ab*

Mit dem Vorstoß des CDU-Bundestagsabgeordneten und Chefs der Jungen Union Philipp Mißfelder Mitte März hatten die Reformer innerhalb der Fraktion versucht, einen Pflock einzuschlagen. Ihre Forderung: Ein von allen - also auch den Rentnern - zu zahlender einkommensunabhängiger Zusatzbeitrag von sechs Euro zusätzlich zum Pflichtbeitrag von 1,7 Prozent auf das Einkommen. Die bayerische Sozialministerin Christa Stewens sekundierte mit einem ähnlichen Finanzierungsvorschlag (siehe Kasten). Doch der Riss geht bereits quer durch die Union. So lehnte der Vorsitzende der Seniorenunion, Otto Wulff, zusätzliche Lasten für Rentner umgehend ab. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU im Bundestag Wolfgang Zöllner bekrittelte das Konzept von Stewens als "Diskussionsvorschlag".

Beim Koalitionspartner stoßen die Unionisten ohnehin auf Granit: Die Sozialdemokraten wollen die Mittel für die Demografiereserve über einen einkommensabhängigen Beitrag oder Steuern aufbringen. Darüber hinaus ist auch eine Verbreiterung der Einnahmebasis im Gespräch, also etwa Abgaben auf Miet- oder Zinseinkünfte. Auf jeden Fall will die SPD eine zweite einkommensunabhängige Prämie, wie sie bereits bei der Gesundheitsreform von der Union ins Gesetz geschrieben wurde, verhindern. "Eine Kopfprämie wird es mit der SPD nicht geben", stellte denn auch Fraktionschef Peter Struck klar.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat außer rudimentären Äußerungen bisher kaum Einblicke in ihr Pflegekonzept gewährt. Zuerst will sie mit ihren Kabinettskollegen Horst Seehofer und Ursula von der Leyen ein Reformkonzept erarbeiten.

Der "Spiegel" hatte Anfang der Woche allerdings von einem jährlichen Solidaritätsbeitrag zwischen 800 Millionen Euro und 900 Millionen Euro und einem einmaligen Obulus von zwei Milliarden Euro berichtet, den die private Pflegeversicherung an ihre klamme staatliche Schwester mit rund 70 Millionen Versicherten leisten sollte. In der Tat sieht der Koalitionsvertrag zum Ausgleich der unterschiedlichen Risikostrukturen einen Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung vor.

Der Direktor des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV) Volker Leienbach protestierte sogleich: "Ein systemübergreifender Finanzausgleich zwischen beiden Versichertenkollektiven ist verfassungsrechtlich unzulässig." Der im Raume stehende Soli würde die Beiträge in der privaten Pflegeversicherung nahezu verdoppeln. Ein Finanzausgleich sei gleich bedeutend mit der Einführung der Bürgerpflegeversicherung. Vom Ministerium gibt es auch dazu keinen Kommentar. Stattdessen verweist ein Sprecher auf den Koalitionsvertrag.

### *Rücklagen der Pflegekassen reichen nur bis 2009*

Auch bei den Freien Demokraten dürften sich bei solchen Gedankenspielen die Nackenhaare aufstellen: Wie bei der GKV plädiert die FDP auch bei der Pflege für eine komplette Abkehr von der einkommensabhängigen Beitragsfinanzierung und für den Umstieg auf eine kapitalgedeckte, prämiendifinanzierte Versicherung. Die Bündnisgrünen wollen die im Raume stehende Demografiereserve wie die SPD innerhalb des Systems der gesetzlichen Pflegeversicherung aufbauen.

Einen völlig anderen Weg will die Linksfraktion einschlagen. Sie setzt auf die Einheitskasse. Mit Begehr blicken die Linken dabei auf Rücklagen von rund 16,5 Milliarden Euro, die die private Pflegeversicherung für ihre rund neun Millionen Mitglieder bisher angesammelt hat.

Wie auch immer die Reform aussehen wird, die Zeit drängt: Die Rücklagen der gesetzlichen Pflegeversicherung von etwa 3,5 Milliarden Euro zum Jahresanfang dürften nur noch bis 2009 reichen.

Quelle: Ärzte Zeitung, 05.04.2007